Nr. 28 XXVII. Jahrgang

Donnerstag, 30. Januar 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 5 26, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis: Die einspaltige Kolonelzeile zahlt für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffern- oder Auswärts 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach tabellarischen Sätzen. Vereinsgebühr 30 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Alle Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; „ B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65.
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. Kr. 2.52, vierteljährl. Kr. 6.30; „ B mit „Illust. Neueste" „ „ 2.46, „ „ 7.
Nach d. Auslande in Streifb. mitbinl. M 1.10. Einz.-Nummer 10

Die Pariser Verhandlungen

Die koloniale Frage steht, wie schon mitgeteilt, in Paris gegenwärtig im Vordergrund der Verhandlungen. Hollandsch Nieuws Bureau will wissen, daß folgende Vereinbarung getroffen worden ist: „Keine einzige Kolonie wird an Deutschland zurückgegeben werden. Die Kolonien werden vom Völkerbund übernommen. Da aber die Erfahrung gelehrt hat, daß die internationale Verwaltung von Grundgebieten sich bisher als eine mangelhafte Einrichtung erwiesen hat, werden die Kolonien an verschiedene Staaten in vormundschaftliche Verwaltung gegeben." Es heißt weiter, England und Frankreich hätten verlangt, daß von dieser Bestimmung einige Ausnahmen gemacht werden, und zwar mit der Begründung, daß gewisse Kolonien in Zukunft integrierende Bestandteile der Dominions werden sollen. Man kann also annehmen, daß die Einteilung folgendermaßen sein wird: Togo gehört an Französisch-Westafrika, Kamerun zu Französisch-Kongo, ein kleiner Teil jedoch zu Nigeria. Deutsch-Südwestafrika gehört zur südwestafrikanischen Konföderation, nur ein kleiner Teil davon soll zu Portugiesisch-Kongo geschlagen werden. Deutsch-Ostafrika soll zu England kommen, aber ein schmaler Streifen wird für Belgisch-Kongo reklamiert. Kiautschou fällt an China zurück. Der Wilhelm- und Bismarck-Archipel fällt an Australien. Die Karolinen und die Südsee-Inseln werden sowohl von Japan als auch von Australien verlangt. Die Marschall-Inseln werden von Japan und die Salomon-Inseln von Australien reklamiert. Samoa kommt an Neuseeland zurück. Wie weit diese Mitteilungen sich bestätigen werden, ist noch nicht bekannt. Reuter versichert gleichfalls, daß keine Rückgabe der Kolonien an Deutschland in Betracht komme, doch werde es dem Völkerbund überlassen bleiben, letzten Endes die zukünftige Gestaltung der Kolonien im einzelnen festzulegen. — Weiter wird über die Verhandlungen gemeldet:

n. Wien, 29. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Das „Neue Wiener Journal" läßt sich aus Genf melden: „Daily Mail" meldet, daß man in Pariser Kreisen die letzte Sitzung der Pariser Konferenz als sehr bedeutungsvoll betrachtet. Man wisse bestimmt, daß die Präliminarien bereits Mitte oder Ende März beginnen und zur Vorlage an die Parlamente bereit sein sollen. Ferner meldet das „Neue Wiener Journal" aus Paris: Das „Echo de Paris" erklärt, die von Deutschland zu zahlende Kriegsentschädigung werde mehrere hundert Milliarden Mark betragen.

g. Genf, 29. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet: Die Alliierten-Konferenz hat in ihrer Sitzung am 25. Januar die allgemeine Aufhebung der vor dem 1. April 1917 geschlossenen Sonderverträge ausgesprochen.

g. Genf, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) „Homme libre" zufolge hält die französische Heeresleitung die allgemeine militärische Lage nach den letzten Waffenstillstandsbedingungen für so geklärt, daß sie in die allgemeine Demobilisierung einwilligte. Mit der Entlassung von zehn Jahrgängen werde am 1. Februar begonnen.

a. Basel, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Kopenhagen: Die dänische Regierung hat am 25. Januar den Alliierten ihre Ansprüche auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zugehen lassen. Die Ansprüche Dänemarks beschränken sich auf die Dänisch sprechenden Gebietsteile Nordschleswigs.

In einem „Diplomatischen Situationsbericht", den Havas ausgibt, wird noch mitgeteilt, daß als Vertreter Frankreichs in der interalliierten Untersuchungskommission für Polen der frühere Botschafter Noulens und General Niessel bestimmt wurden. Wilson entwickelte auf der Konferenz seine persönliche Theorie für die Regelung der Kolonialfrage, wonach der Völkerbund die Verwaltung dieser Gebiete einem Mandatarstaate übertragen würde.

•

Der englische Völkerbundplan

× London, 29. Januar. (Reuter.) Die Blätter veröffentlichen die Umrisse des britischen Entwurfes für den Völkerbund, der den Grundsatz der Abschließung und des Zwanges gegen einen des Angriffs schuldigen Staat ausspricht. Der britische Vertreter setzt die Regelung von Streitigkeiten an die erste Stelle der Aufgaben des Völkerbundes. Deutschland solle fürs erste ausgeschlossen werden, aber nicht unnötig lange.

•

Die Aufrechterhaltung der Blockade

Das Reutersche Bureau erfährt, daß seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags von verschiedenen Seiten ein starker Druck ausgeübt worden ist, um die Härten der Blockade zu mildern. Die Möglichkeit von Zugeständnissen, wo sie gemacht werden könnten, beschäftigt sehr die Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen. Die alliierte Blockadekommission, welche die Großmächte vertritt, tagt dauernd und ist damit beschäftigt, Zugeständnisse einzuräumen, wo immer die neue Lage solche durchführbar erscheinen läßt. Außerdem ist der Oberste Rat des Versorgungs- und Hilfswerkes mit der Erwägung der Lebensmittelhilfe beschäftigt. Man ist der Ansicht, daß für Südosteuropa, solange die Blockade gegen die Türkei aufrechterhalten bleibt, eine viel liberalere Politik berechtigt ist angesichts der Tatsache, daß die Möglichkeit einer Unterstützung des Feindes durch die Milderung der Blockade für diese Gegenden fern liegt. Was die Mittelmächte anbelangt, so wird die Blockade, abgesehen von den Lebensmittelvereinbarungen des Obersten Rats, dessen Aufgabe es ist, die Lebensmittelerfordernisse Europas zu überwachen und nach eigenem Gutachten die Versorgung vorzunehmen, tatsächlich in ihrem vollen Druck aufrechterhalten.

•

Die Rückbeförderung des amerikanischen Heeres

General March teilte dem amerikanischen Senatsausschuß für Heeresangelegenheiten mit, daß Abmachungen mit den Schiffahrtsinstanzen getroffen seien, damit 800 000 Amerikaner im Monat heimbefördert werden könnten und das gesamte Expeditionsheer innerhalb sechs Monaten heimbefördert werden und demobilisiert werden könne. Wilson werde in Paris die Größe der amerikanischen Besatzungsarmee festsetzen. General March gab an, daß 10 Divisionen als Anteil Amerikas angeregt worden seien, und fügte hinzu, er sei dafür, daß die Vereinigten Staaten ein stehendes Heer von 500 000 Mann besitzen.

Die Rheinisch-Westfälische Republik

TTA. Elberfeld, 29. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Frage der Rheinisch-Westfälischen Republik ist der Entscheidung so nahegerückt, daß man Genaueres über die zukünftige Gestaltung mitteilen kann. Wie die Internationale Telegraphenagentur aus bester Quelle zu melden weiß, wird man versuchen, folgende wirtschaftlich und landschaftlich eng zusammenhängenden Gebiete zu einer neuen Staatseinheit zusammenzufassen: Rheinland und Westfalen mit Einschluß von Oberschlesien im Norden und Hessen und Hessen-Nassau sowie der Pfalz im Süden und im Westen. Als Hauptstadt kommt Köln in Betracht.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Bern: Der Kölner Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: „Der Ausfall der Wahlen im Rheinlande beweist, daß die Teilungsgelüste erledigt sind, falls es den Mehrheitssozialisten gelingt, eine leistungsfähige Regierung einzurichten. Die große Stimmenzahl, die diese im Rheinlande auf sich vereinigte, ist zweifellos eine Kundgebung für die deutsche Einheit. Aber die große Zahl der Zentrumsstimmen bedeutet anderseits die dringende Mahnung, daß Ueberlieferungen, Empfindungen und Interessen des Rheinlandes eine Berücksichtigung verlangen."

Belgisches Einwanderungsverbot für Deutsche

g. Genf, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet, daß die belgische Regierung ein zehnjähriges Einwanderungsverbot für alle Deutschen erlassen habe, die an den Kriegshandlungen gegen Belgien teilgenommen haben.

Die Franzosenherrschaft in Elsaß-Lothringen

* Berlin, 29. Januar. Dem „Vorwärts" wird aus den Kreisen der aus Elsaß-Lothringen Ausgewiesenen über die Franzosenwirtschaft geschrieben: Die Franzosen dulden nicht nur die Exzesse der elsaß-lothringischen Bevölkerung gegen deutsche Mitbewohner, sondern sie unterstützen gerade durch ihr Verhalten die Denunzianten unter den Elsässern und Lothringern und muntern sie zu neuen Taten auf. Die französische Verwaltung waltet und schaltet nach dem Grundsatz, daß, ehe überhaupt die Friedensverhandlungen begonnen haben, Elsaß-Lothringen durch und durch ein französisches Land sein soll.

Französische Bestimmungen für Frankfurt

w. Frankfurt a. M., 29. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die französische Militärbehörde hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß sie die Bestimmungen über das Wohnrecht der Personen, die vor dem 1. August 1914 noch nicht in Frankfurt waren, gemildert habe. Alle Personen, welche nachweisen können, daß sie eine feste Arbeit haben, bleiben; alle Arbeitslosen aber müssen in kürzester Frist die Stadt verlassen.

Die Berner Sozialistenkonferenz

Der schweizerische Bundesrat gab dem Komitee der internationalen Konferenz in Bern die Versicherung, daß die Pässe aller Delegierten visiert werden würden. Der bulgarische Vertreter Sachadow kam am Montag in Bern an. Er wurde von Seitz, Huysmans und dem Sohne Hendersons empfangen. Den spanischen Delegierten war das Paßvisum bekanntlich von den französischen Behörden verweigert worden. Sie erhielten aber später die Durchreiseerlaubnis der französischen Regierung zur Teilnahme an der Berner Konferenz.

Verhaftung französischer Arbeiterführer

g. Genf, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Journal du Peuple" wurden die Führer der Syndikalisten und der Pariser Arbeiterbörse verhaftet. Die Regierung behauptet, daß die Festnahme in Verbindung mit Generalstreiks politischer Tendenz stehe.

Das neue Kabinett in Portugal

Das neue portugiesische Kabinett ist wie folgt gebildet worden: Vorsitz und Unterricht: José Relvas; Aeußeres: Moniz; Krieg: General Silveira; Kolonien: Carlos Baya; Landwirtschaft und Ernährung: Georges Nuntz; Justiz und vorläufig Aeußeres für den zur Friedenskonferenz delegierten Moniz: Gonzaro de Costa. José Relvas übernimmt vorübergehend bis zur Ernennung der Minister Marine, Handel und öffentliche Arbeit.

Die Verhandlungen in Spa

× Berlin, 29. Januar. Gegen die Verhaftung und Aburteilung von Personen, die an der Beschlagnahme und Rückführung von Maschinen aus Belgien und Frankreich beteiligt waren oder solche Maschinen von der Heeresverwaltung erworben haben, hat die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa nochmals Einspruch erhoben. Sie wies darauf hin, daß für alle Maßnahmen über die Beschlagnahme und den Ankauf der Maschinen nur die deutsche Regierung und die Heeresverwaltung verantwortlich seien. Aus diesem Grunde ersucht sie die Entente um sofortige Freigabe aller in dieser Angelegenheit Verhafteten und Beschuldigten.

Zur Frage der alliierten Lebensmitteltransporte durch deutsches Gebiet über Danzig ließ die deutsche Regierung erklären, sie sei prinzipiell bereit, die Durchfuhr zu gestatten, wenn die beschleunigte Rückgabe des zur Verfügung gestellten Eisenbahnmaterials gewährleistet werde. Sie zweifle jedoch wegen des schlechten Zustandes der Bahnen und des Mangels an rollendem Material an einer schnellen Beförderung.

Der Vertreter der deutschen Regierung bat um Auskunft über die in Polen weilende amerikanisch-polnische Lebensmittelkommission, die von den deutschen Behörden Unterstützung zur Fahrt von Warschau nach Danzig forderte und im Auftrage der amerikanischen Waffenstillstandskommission handelte. Es wurde um schriftliche Aufklärung gebeten, daß sich die Tätigkeit der Ernährungskommission auf die Lebensmitteltransporte beschränke und sie sich jeder politischen Betätigung enthalten werde. Die deutsche Regierung behalte sich außerdem vor, die Abberufung der polnischen Kommissionsmitglieder zu verlangen, falls diese nationalpolnische Propaganda zu betreiben versuchten. Es könne nicht geduldet werden, daß durch unverantwortliche Machenschaften der Entscheidung der Friedenskonferenz über die Regelung der Ostgrenze Deutschlands vorgegriffen werde.

Die französische Regierung hatte gebeten, gemäß dem Trierer Finanzabkommen vom 13. Dezember mit den Verhandlungen über die Rückgabe der in den ehemals von Deutschland besetzten Gebieten beschlagnahmten Vermögenswerte zu beginnen. Hierauf ließ die deutsche Regierung erklären, sie könne sich auf die gewünschten Verhandlungen nicht einlassen, solange ein erst nach Abschluß des Trierer Finanzabkommens bekanntgewordenes französisches Dekret fortbestehe, das die Sequestration des in Elsaß-Lothringen befindlichen Privateigentums aller Deutschen nicht elsaß-lothringischer Abstammung anordne. Diese Maßnahme bedeute eine offenbare Verletzung des Artikels 6 des Waffenstillstandsabkommens, nach dem das Eigentum der Einwohner des von Deutschland geräumten Gebietes keinerlei Schaden oder Nachteil erleiden dürfe. Sobald die durch das Dekret verfügte Sequestration des deutschen Vermögens aufgehoben und der in dieser Hinsicht beim Abschluß des Finanzabkommens beiderseits vorausgesetzte Zustand wieder hergestellt sei, könne in die gewünschten Verhandlungen eingetreten werden. General Nudant fragte an, ob dies tatsächlich die Ansicht der deutschen Regierung sei. Der Vertreter der deutschen Regierung erklärte, es sei ihm keine weitere Weisung als die in der Note enthaltene zugegangen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung hat die deutsche Waffenstillstandskommission um Mitteilung, ob die Nachricht zutreffe, daß in Belgien befindliche deutsche Privateigentum sei beschlagnahmt und teilweise schon deutsche Werte verkauft worden.

Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa hat die Entente ferner um frühzeitige Freigabe des Saatguteverkehrs zwischen dem besetzten und nichtbesetzten Deutschland ersucht. Die französischen Besatzungsbehörden hatten vor einiger Zeit den Personen, die vor dem 1. August 1914 im französischen Abschnitt der neutralen Zone nicht ansässig waren, den Aufenthalt daselbst verboten. Auf den Protest der deutschen Waffenstillstandskommission hin ist neuerdings eine wesentliche Milderung dieser Bestimmung eingetreten. Die französischen Besatzungsbehörden sind angewiesen worden, Gesuche von entlassenen deutschen Heeresangehörigen um Aufenthaltsgenehmigung in dem französischen Abschnitt der neutralen Zone zu entsprechen, falls diese Gesuche durch wirtschaftliche Verhältnisse gerechtfertigt erscheinen.

Räumung von Deutsch-Böhmen?

id. Wien, 29. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „Zeit" schickt sich die Prager Regierung an, die besetzten Gebiete Deutsch-Böhmens zu räumen.

Das Karwiner Grubengebiet von der Entente besetzt

I. Essen (Ruhr), 29. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Laut Meldungen, die der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" aus Mährisch-Ostrau zugehen, ist das Kohlenrevier von Karwin durch Ententetruppen besetzt worden. Die tschechisch-polnischen Kämpfe haben aufgehört.

Ein deutscher Parlamentär von Polen erschlagen

× Bromberg, 29. Januar. Leutnant Rogalla vom 14. Infanterieregiment, Sohn des Gemeindevorstehers in Schleusenau, ist am vergangenen Mittwoch im Laufe von Verhandlungen, die er als Parlamentär mit den Polen bei Thure führte, mit dem Gewehrkolben erschlagen worden. In schwerverletztem Zustande wurde er noch lebend in das Schubiner Lazarett eingeliefert, wo er inzwischen gestorben ist. Wie dazu noch mitgeteilt wird, erschien am folgenden Tage in dem Lazarett ein polnischer Matrose, um sich zu erkundigen, ob das „Schweine" noch am Leben sei.

Der Sieg der englischen Orientpolitik und seine Bedeutung

Ein zu wenig beachtetes Kapitel

Von einem ausländischen Diplomaten

II.

Bevor auf die Verhältnisse, die die deutsche Orientpolitik durch den Ausbruch des Krieges erfuhr, eingegangen werden soll, scheint eine kurze Beleuchtung der eigentlichen arabischen Frage angebracht. Im Gegensatz zu den übrigen Teilfragen der großen orientalischen Frage ist diese neueren Datums; sie wurde mit der türkischen Revolution geboren, die jeder Nationalität im osmanischen Reiche eine autonome Entwicklung gewährleisten wollte. Das erste türkische Parlament von 1909 wies denn auch eine ganz bedeutende Anzahl arabischer Abgeordneter auf, die zwar keine geschlossene politische Partei bildeten, aber immerhin zum erstenmal dem arabischen Element eine gewisse Geltung brachten. Bald zeigte sich jedoch, daß die jungtürkische Partei von ihren ursprünglichen dezentralisierenden Tendenzen abfiel und ein brammes reintürkisches Regiment anstrebte. Die jungtürkische Regierung kam jedoch bald zum Sturz und wechte dem liberalen Kabinett Kiamil Paschas Platz, der zumindest schien, den Arabern eine gewisse Autonomie zu gewähren. In der Verwaltung und Justiz wurden ihnen tatsächlich Konzessionen gemacht und schon tauchte im Taumel der ersten Begeisterung darüber der Gedanke nach einem selbständigen Arabien — richtiger gesagt Syrien — auf, als die liberale Regierung umgeworfen und wieder durch ein jungtürkisches Ministerium ersetzt wurde. Unter seinem Druck flaute die arabische Bewegung rasch ab. Frankreich hatte sie zwar unterstützt, wollte aber keinesfalls eine arabische Selbständigkeit aufkommen lassen. Anders das Vorgehen der englischen Politik. In Syrien bekundete sie, wie früher erwähnt, nach einigen Schwankungen ein vollständiges Desinteressement zugunsten Frankreichs. In den übrigen arabischen Gebieten aber unterstützte England, getreu seiner traditionellen Politik, in eindringlicher und liberaler Weise die arabischen Bestrebungen. Es war das im Gegensatze zu dem gewaltsamen Auftreten Frankreichs eine stille Maulwurfsarbeit, von der man nur sehr selten etwas zu hören bekam. Ganz unmerklich wurden von Kweit aus die Fäden um die arabische Hochburg, den Scherifen von Mekka, gesponnen, dessen alte Gegnerschaft zum türkischen Reiche England unablässig schürte. In sehr geschickter Weise ließ man dort durchblicken, daß die Würde des Kalifen, die seit Vernichtung der arabischen Herrschaft die Sultane in Konstantinopel bekleideten, durch den Verfall der Türkei wieder an ihren rechtmäßigen Besitzern zurückkehren müsse, die im eigentlichen Arabien zu suchen wären. Da die Zahl der Anwärter auf die Nachfolge des Propheten ziemlich groß war, so setzte sich die englische Politik auf keinen von ihnen ganz fest. Gleichzeitig verstanden es die englischen Vertreter und Agenten in Beirut, Damaskus, Bagdad und am Persischen Meerbusen, die einflußreichen arabischen Nomadenstämme zu gewinnen. Der Sultan von Kuweit, in dessen Gebiet die Bagdadbahn ausmünden sollte, wurde unabhängig von der Türkei erklärt und unter besondern englischen Schutz gestellt. Diese Agitation im Lande selbst wurde nicht minder geschickt von außen her durch die arabische Presse Aegyptens unterstützt, die ihre Direktiven hierzu von den englischen Vertretern in Kairo erhielt. Arabische Blätter fanden trotz mehrfacher türkischer Verbote reißenden Absatz in Syrien und Mesopotamien. Ihre Fingerzeige auf Englands freiheitliche Politik in Aegypten waren allein schon das mächtigste Agitationsmittel. Die engeren Beziehungen zwischen Aegypten und der syrischen Küste sowie die Niederlassung zahlreicher syrischer Familien in Kairo und Alexandrien gaben den selbst noch freiheitlicher Betätigung drängenden Syrien reichlich Gelegenheit, Beobachtungen über die dortigen Verhältnisse anzustellen. Die Kaiserfreiheit in Indien und Aegypten, das Interesse und die Sympathie, die die englische Politik dem arabischen Kleinbauern (Fellachen), wie dem Mittelstande gegenüber den Ausbeutungen der Großgrundbesitzer und sonstiger Bedrücker an den Tag legte, die kräftige Förderung der Produktion und des Handels in allen seinen Kulturen, alle diese Momente hatten bei den mohammedanischen und christlichen Arabern die Vorstellung erweckt, daß man in England einen mächtigen Beschützer habe, der Religion und nationale Eigenart achte und gleichzeitig die materielle Entwicklung seiner Untertanen fördere. Man verstand es in geschickter Weise, dieses Regime der französischen Kolonialwirtschaft in Algier, Tripolis und Marokko gegenüberzustellen, welche die Einheimischen nur ausbeute und deren freie Handelsbetätigung lähme. Die englische Politik vermied es auch, in den arabischen Gebieten eine religiöse oder Schulpropaganda nach französischer Art zu entfalten. Man beschränkte sich vielmehr auf den Schutz einiger englischer Missionsanstalten. Mehr bestand man nicht für die Verbreitung der englischen Sprache, da die in ganz Syrien, Palästina und Mesopotamien arbeitenden amerikanischen Missionsanstalten hierfür in ausgiebigster Weise Sorge trugen. Letztere unterhielten speziell in Beirut eine aus amerikanischen Privatmitteln reich dotierte Universität und eine Anzahl von Colleges, die von ungefähr 900 Studierenden aus allen Teilen Arabiens und selbst Persiens besucht wurden. Im wirtschaftlichen Wettbewerb vermied es England, im Lande durch Erwerb von Konzessionen sich einzunisten. Es konzentrierte sich vielmehr ausschließlich auf das mesopotamische Problem und vereinigte dies mit dem weiteren großen Ziele, auf welches es seit einer Reihe von Jahren hinsteuerte, der Herstellung eines Schienenweges, der sein ausgedehntes afrikanisches Kolonialreich mit Indien verbinden sollte. Die Eisenbahnlinie Kapstadt—Kairo—Bagdad—Kalkutta war nicht allein die Gewähr, diese beiden Teile des Riesenreiches miteinander zu verbinden, sondern auch unabhängig vom Seewege eines durch das andre sicherstellen zu können.

Ueberblickt man die Gesamtschau, die vor dem Kriege auf dieser Brücke der drei Weltteile zusammenstieß, so treten Frankreich und Rußland mit ihren kleinlichen Eroberungsplänen gegenüber den großzügigen wirtschaftlichen Absichten der beiden Hauptrivalen England und Deutschland stark in den Hintergrund. In Anbetracht deren Tragweite

Siehe auch Nr. 25 der Dresdner Neuesten Nachrichten.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190130/1